



Standortverlagerungen in der ostdeutschen Industrie

73. Jahrgang/5. April 2006

Alexander
Eickelpasch
aeickelpasch@
diw.de

Ingo Pfeiffer
ipfeiffer@diw.de

Die ostdeutsche Industrie ist seit Längerem im Aufwind: Die Produktion wächst stärker als in den alten Ländern, und die Exportquote nimmt überproportional zu. Auch die Beschäftigungsentwicklung ist in Ostdeutschland günstiger als in den alten Ländern.¹ Seit der Aufnahme der mittelosteuropäischen Staaten in die Europäische Union mehren sich jedoch Meldungen über den Abbau von Arbeitsplätzen in größeren, meist international agierenden Unternehmen und die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland. Das DIW Berlin hat auch zu diesem Problemkomplex Unternehmen befragt. Danach sieht die Bilanz von Standortverlagerungen in Ostdeutschland positiv aus. Per saldo wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen als verloren gegangen sind. Ostdeutschland hat also von den Standortverlagerungen profitiert. Dass sich diese Entwicklung fortsetzt, ist jedoch zu bezweifeln; den vorliegenden Untersuchungen zufolge überwiegen künftig die Abwanderungen.

2. Bericht

Standortverlagerungen in der
ostdeutschen Industrie
Seite **181**

Datenbasis der Untersuchung sind Informationen, die im Rahmen einer schriftlichen Unternehmensbefragung des DIW Berlin in den neuen Ländern im Herbst 2004 gewonnen wurden.² Die Analyse schließt an eine Untersuchung zu Produktionsverlagerungen an, die im Rahmen der Fortschrittsberichte über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland im Jahre 2003 erstellt wurde.³ Die Daten bieten Aufschluss über Kapazitätsverlagerungen in den letzten beiden Jahren vor der Befragung sowie über Verlagerungspläne oder -absichten in der näheren Zukunft.

Kapazitätsverlagerungen in den Jahren 2002 bis 2004

Kapazitätsverlagerungen können Teile der Produktion, Betriebsstätten oder ganze Unternehmen betreffen. Sie können sich kleinräumig, also innerhalb von Gemeinde- oder Kreisgrenzen, großräumig, also innerhalb einer Volkswirtschaft, und schließlich international, also aus dem oder in das Ausland, vollziehen. Im Folgenden werden nur solche Verlagerungen betrachtet, die zwischen den alten und den neuen Ländern der Bundesrepublik sowie aus dem und in das Ausland stattfanden. Bezugspunkt der Richtung der Verlagerung ist der aktuelle Standort der Unternehmen⁴.

¹ So lag die Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern im Jahre 2004 um 19 % über der des Jahres 2000, in den alten Ländern waren es 6 %. Die Exportquote der neuen Länder erreichte im Jahre 2004 62 % der westdeutschen Quote, im Jahre 2000 waren es noch 57 %. Die Beschäftigung in den neuen Ländern lag nur um 3 % unter der des Jahres 2000, in den alten Ländern waren es 7 %.

² Vgl. den ersten Beitrag in diesem Wochenbericht.

³ DIW et al. (Hrsg.): Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. In: IWH Sonderheft 7/2003.

⁴ Damit bleibt zwangsläufig die vollständige Abwanderung von Unternehmen außer Betracht, die zum Befragungszeitpunkt abgeschlossen war. Das Ausmaß der Abwanderungen wird somit unterzeichnet.

Tabelle 1

Kapazitätsverlagerungen in den Jahren 2002 bis 2004 bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland

In % der Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich

	Kapazitätsverlagerungen					Keine Kapazitätsverlagerungen	Insgesamt
	Insgesamt	Übernahmen auswärtiger Kapazitäten an den jetzigen Standort		Auslagerungen vom jetzigen an einen auswärtigen Standort			
		Insgesamt	darunter aus den alten Ländern	Insgesamt	darunter ins Ausland		
Unternehmen insgesamt (N = 4705)	6	4	3	3	2	94	100
Eigentumsstatus							
Eigenständige Unternehmen	5	3	2	2	2	95	100
Unternehmen im Besitz westdeutscher Unternehmen	20	15	14	6	4	80	100
Unternehmen im Besitz ausländischer Unternehmen	22	14	7	11	10	78	100
Unternehmen mit ... Beschäftigten							
1 bis 9	4	3	2	2	1	96	100
10 bis 19	5	4	2	1	1	95	100
20 bis 49	7	5	5	2	2	93	100
50 bis 99	11	6	4	5	5	89	100
100 bis 199	17	10	8	9	7	83	100
200 bis 499	18	8	8	11	9	82	100
500 und mehr	41	23	23	23	18	59	100
Gewerbebezüge							
Ernährung	3	2	2	2	1	97	100
Textilgewerbe	5	3	3	3	3	95	100
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	6	5	5	1	1	94	100
Chemische Industrie	16	10	8	7	3	84	100
Gummi- und Kunststoffwaren	9	7	6	3	2	91	100
Glas, Keramik, Steine und Erden	4	2	1	2	1	97	100
Metallerzeugung und -bearbeitung	7	5	5	3	2	93	100
Herstellung von Metallerzeugnissen	5	3	3	2	2	95	100
Maschinenbau	8	5	4	3	2	92	100
Elektrotechnik	9	5	3	4	3	91	100
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	11	7	5	6	6	89	100
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	5	4	3	2	2	95	100
Kraftfahrzeugbau	24	18	18	11	10	76	100
Sonstiger Fahrzeugbau	10	5	5	5	5	90	100
Nachrichtlich:							
Unternehmen in den produktionsnahen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes (N = 1251)	3	2	1	2	1	97	100
Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.							
DIW Berlin 2005							

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Im Zeitraum von Ende 2002 bis Ende 2004 kam es bei 6 % der Unternehmen, die 16 % der Beschäftigung repräsentieren, zu Kapazitätsverlagerungen. Bei 4 % der Unternehmen mit 9 % der Beschäftigung waren es Produktionsübernahmen auswärtiger Kapazitäten und Verlagerungen an den jeweils befragten Standort. In 3 % der Fälle mit 8 % der Beschäftigung handelte es sich um Auslagerungen aus dem jetzigen Standort an Standorte in den alten Ländern, in den anderen Fällen um Verlagerungen ins Ausland (Tabelle 1).

Hinweise auf Gründe für die Standortverlagerungen lassen sich aus der Eigentümerstruktur, der Unternehmensgröße und der Branche ableiten. Hinsichtlich der Übernahmen von Kapazitäten von auswärtigen Standorten ist in der Gruppe der Unternehmen im Besitz westdeutscher Unternehmen der Anteil der Übernahmen von Kapazitäten aus den alten Ländern mit 14 % an allen Unternehmen besonders hoch. Bei Unternehmen im ausländischen Besitz wurden Kapazitäten sowohl aus den alten Ländern (7 % der Unternehmen) als auch aus dem Ausland (ebenfalls

7 %) übernommen. Unter den kleinen Unternehmen gab es kaum Übernahmen, angesichts der dort vorherrschenden Handwerksbetriebe ist dies wenig überraschend. Besonders hoch war der Anteil der Übernahmen im Kraftfahrzeugbau (18 % der Unternehmen) und in der chemischen Industrie (10 %).

In den hier erfassten produktionsnahen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes sind im Berichtszeitraum ebenfalls kaum Kapazitäten in die neuen Länder übernommen worden.

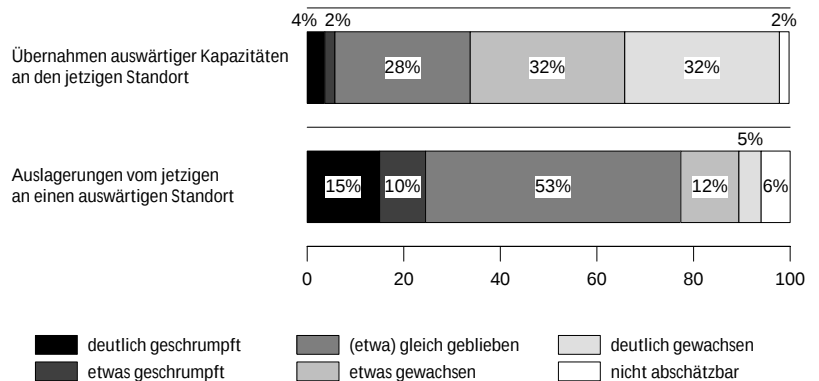
Auslagerungen von Arbeitsplätzen oder Betriebsteilen aus den bestehenden Standorten sind vergleichsweise selten. 3 % der Unternehmen (mit derzeit 8 % der Beschäftigten) haben Kapazitäten ausgelagert.⁵ Der überwiegende Teil der Kapazitäten wurde ins Ausland verlagert, insbesondere in die neuen Mitgliedsländer der EU Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Unter den im Auslandsbesitz befindlichen Unternehmen war der Anteil der Verlagerungen überdurchschnittlich hoch. Auffällig ist auch, dass unter den größeren Unternehmen Auslagerungen häufiger vorgekommen sind als unter kleinen. In den Branchen Kraftfahrzeugbau, chemische Industrie und in Teilen der Elektroindustrie sind Abwanderungen ebenfalls vergleichsweise häufig.

Eine Bilanz des Zuwanderungs- und Abwanderungsgeschehens zeigt auf der Ebene der bestehenden Unternehmen insofern ein positives Bild, als per saldo mehr Unternehmen Kapazitäten in die neuen Länder verlagert als aus den neuen Ländern abgezogen haben. Freilich ist dieses Ergebnis etwas überzeichnet, da Unternehmen, die vollständig abgewandert sind, hier nicht erfasst werden konnten.

Mit den Verlagerungen können unterschiedliche Beschäftigungseffekte einhergehen. Dabei sind die betriebliche, die unternehmensbezogene, die regionalwirtschaftliche und die gesamtwirtschaftliche Perspektive zu unterscheiden. Aus der Sicht der jeweiligen Betriebsstätte bedeutet eine Ansiedlung in der Regel einen Beschäftigungsaufbau, wenn man von komplexeren, gleichwohl häufigen Vorgängen wie der gleichzeitigen Auslagerung oder gar Einstellung von Produktionslinien und der Ansiedlung von Ersatzproduktionen absieht. Aus Sicht eines Unternehmens mit mehr als einer Betriebsstätte können negative wie positive oder auch gar keine Beschäftigungseffekte auftreten, und auch in regional- wie gesamtwirtschaftlicher Betrachtung sind wegen der Vielzahl der möglichen, sich gegenseitig ergänzenden oder aufhebenden Veränderungen keine eindeutigen Effekte vorhersagbar. So wird bei der Auslagerung zu Lasten eines bestehenden Standortes meist der Abbau von Beschäftigung erwartet. Jedoch kann es auch in diesen Fällen zu einem Aufbau kommen, wenn es sich bei insgesamt expandierenden

Abbildung 1

Veränderungen der Beschäftigung im Zuge von Kapazitätsverlagerungen in den Jahren 2002 bis 2004 bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland



Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Unternehmen um Teilverlagerungen handelt, beispielsweise um die Auslagerung von Vertriebsabteilungen zur Erschließung ausländischer Märkte oder um die Verlagerung von Produktionsstufen, die in die heimische Wertschöpfungskette eingegliedert sind.

In Anbetracht der komplexen Zusammenhänge kann es nicht verwundern, dass auch die Befragungsergebnisse ein gemischtes Bild zeigen. In jeweils knapp einem Drittel der Fälle war die Verlagerung nach Ostdeutschland mit einem deutlichen bzw. leichten Beschäftigungsaufbau verbunden. In einem Viertel der Fälle blieb das Beschäftigungsniveau unverändert, in wenigen Fällen ist es sogar geschrumpft (Abbildung 1).

Bei knapp einem Viertel jener Unternehmen, die Kapazitäten aus Ostdeutschland verlagert haben, wurde Beschäftigung abgebaut, bei einem Sechstel aber aufgebaut. Hier zeigt sich, dass nicht jede Auslagerung negative Beschäftigungseffekte nach sich zieht. Allerdings ist wiederum zu beachten, dass zum Erhebungszeitpunkt bereits vollzogene vollständige Abwanderungen von Unternehmen in dieser Betrachtung nicht berücksichtigt werden konnten.

Alles in allem zeigen die Befunde für die Jahre 2002 bis 2004 eine eher positive Ansiedlungsbilanz, da die Übernahmen von Kapazitäten in die neuen Länder die Auslagerungen aus den neuen Ländern übertreffen und zum Aufbau der Beschäftigung beigetragen haben.

⁵ In einigen wenigen Fällen wurden in den beiden letzten Jahren sowohl Kapazitäten herververlagert als auch ausgelagert.

Tabelle 2

Von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland geplante Kapazitätsverlagerungen für die Jahre 2005 bis 2007

In % der Unternehmen, Mehrfachnennungen von Übernahmen und Auslagerungen möglich

	Kapazitätsverlagerungen vorgesehen				Verlage- rungen nicht vorgesehen	Verlage- rungen nicht absehbar	Insgesamt
	Insgesamt	Über- nahmen auswärtiger Kapazitäten an den jetztigen Standort	Auslagerungen vom jetztigen Standort				
			Insgesamt	darunter ins Ausland			
Unternehmen insgesamt (N = 4734)	5	1	4	3	85	10	100
Eigentumsstatus							
Eigenständige Unternehmen	4	1	3	3	86	10	100
Unternehmen im Besitz westdeutscher Unternehmen	10	5	5	5	79	11	100
Unternehmen im Besitz ausländischer Unternehmen	12	3	10	9	72	16	100
Unternehmen mit ... Beschäftigten							
1 bis 9	3	1	2	2	88	9	100
10 bis 19	4	1	3	3	85	11	100
20 bis 49	5	2	4	4	84	11	100
50 bis 99	10	3	7	6	78	12	100
100 bis 199	13	3	10	9	77	10	100
200 bis 499	18	6	12	12	70	12	100
500 und mehr	24	6	18	18	64	12	100
Gewerbebezüge							
Ernährung	2	0	2	1	92	6	100
Textilgewerbe	2	1	2	2	86	12	100
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	4	1	4	3	89	7	100
Chemische Industrie	8	3	5	4	81	11	100
Gummi- und Kunststoffwaren	7	2	5	5	80	13	100
Glas, Keramik, Steine und Erden	4	0	4	3	89	7	100
Metallerzeugung und -bearbeitung	5	0	5	5	81	14	100
Herstellung von Metallerzeugnissen	5	2	5	5	85	10	100
Maschinenbau	6	3	3	3	82	12	100
Elektrotechnik	10	5	5	5	81	9	100
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	18	4	14	13	67	15	100
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	5	0	5	5	84	11	100
Kraftfahrzeugbau	14	4	10	10	74	11	100
Sonstiger Fahrzeugbau	10	2	8	8	76	15	100
Nachrichtlich:							
Unternehmen in den produktionsnahen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes (N = 1257)	3	0	3	2	88	9	100
Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.							
DIW Berlin 2005							

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Künftige Kapazitätsverlagerungen

Für die nähere Zukunft zeichnen sich den Umfrageergebnissen zufolge ähnlich häufige Kapazitätsverlagerungen ab wie in der Vergangenheit. So gaben 5 % der Unternehmen (mit 10 % der Beschäftigung) an, dass sie für die nächsten beiden Jahre überregionale räumliche Veränderungen vornehmen wollen. Weitere 10 % (mit 13 % der Beschäftigung) schließen die Möglichkeit von Kapazitätsverlagerungen nicht prinzipiell aus, lassen jedoch offen, ob diese zugunsten oder zu Lasten des jeweiligen Standortes vorgenommen werden. 85 % der Unternehmen (mit

77 % der Beschäftigung) gaben zum Befragungszeitpunkt an, keine Standortverlagerungen zu planen (Tabelle 2).

Der überwiegende Teil der Unternehmen mit Verlagerungen (4 %) plant den Abzug von Kapazitäten, vornehmlich ins Ausland (3 %). Im Mittelpunkt stehen dabei Verlagerungen in benachbarte mitteleuropäische Länder, vor allem nach Polen, Tschechien, Slowakische Republik und Ungarn. Es sind jedoch auch Verlagerungen in den asiatischen Wirtschaftsraum vorgesehen, insbesondere nach China.

Unter den Unternehmen, die auslagern wollen, finden sich nicht nur Unternehmen im westdeutschen oder ausländischen Besitz. Auch Unternehmen mit heimischem Eigentümer, meist größere, haben derartige Pläne. Besonders hoch ist der Anteil der Auslagerungswilligen im Kraftfahrzeugbau und in der Elektrotechnik.

Ein Motiv für Verlagerungen ist der starke Konkurrenzdruck des Auslandes. Dies zeigen auch die Befragungsergebnisse. So ist der Anteil der Unternehmen mit Verlagerungsplänen bei denen besonders groß, die ihre Hauptkonkurrenten im Ausland sehen und besonders gering bei den Unternehmen mit Konkurrenten in ihrer unmittelbaren Umgebung bzw. anderswo in den neuen Ländern (Abbildung 2).

Die Auslagerungen von Kapazitäten in auswärtige Standorte werden sich unterschiedlich auf die Beschäftigung in den Betrieben auswirken. Ein Fünftel der Unternehmen konnte oder wollte die Wirkungen nicht abschätzen (Abbildung 3), zwei Fünftel der Unternehmen rechnen mit einem mehr oder minder starken Rückgang der Beschäftigung, bei knapp einem Drittel werden die Auslagerungen das Beschäftigungsniveau im Saldo nicht verändern, und bei einem Zehntel soll die Beschäftigung zunehmen. Dies überrascht zunächst. Jedoch ist zu bedenken, dass nicht jede Verlagerung aus Gründen der Rationalisierung stattfindet. So ist bekannt, dass Unternehmen einen Teil ihrer Produktion in das Ausland verlagern, um dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ebenso ist denkbar, dass Teile des Vertriebs oder des Kundendienstes in die jeweiligen Zielländer verlagert werden und sich dadurch Marktvorteile ergeben.

Gegenüber den Auslagerungen sind Übernahmen von Kapazitäten von anderswo deutlich seltener. In den wenigen genannten Fällen wollen die Unternehmen ihre örtlichen Kapazitäten vor allem durch Übernahmen aus den alten Ländern aufstocken.

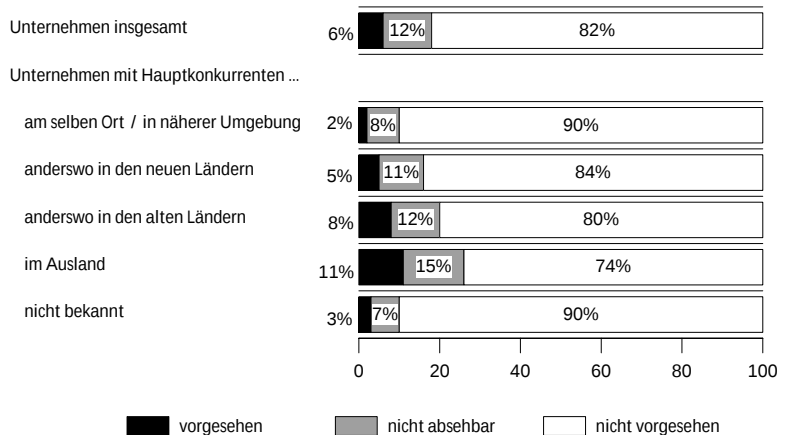
Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das künftige Ausmaß von Kapazitätsverlagerungen demjenigen der Vergangenheit zumindest gleichkommt. Allerdings dürften, anders als in der Vergangenheit, die Abwanderungen aus den ostdeutschen Standorten gegenüber Verlagerungen in die ostdeutschen Standorte überwiegen. Dies gilt natürlich nur bezogen auf die Planungen der gegenwärtig in Ostdeutschland ansässigen Unternehmen. Ansiedlungen würden dieses Bild verbessern. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht stellt sich in dieser Konstellation die Frage nach der Möglichkeit wirt-

Abbildung 2

Von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes geplante Kapazitätsverlagerungen nach dem Sitz der Hauptkonkurrenten

In % der Unternehmen, Mehrfachnennungen von Hauptkonkurrenten möglich

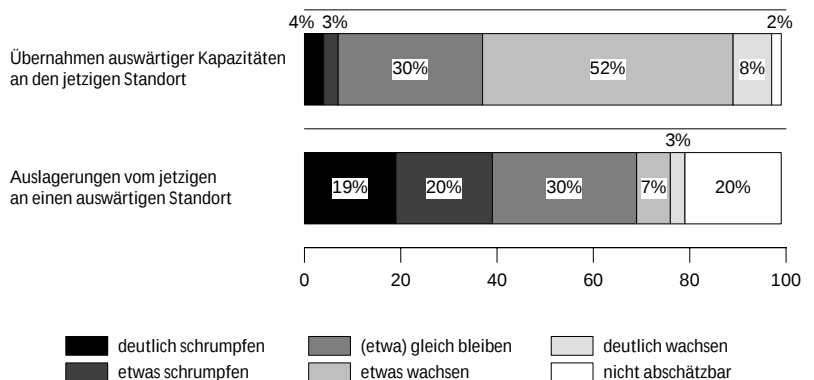


Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004, N = 4504.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3

Veränderungen der Beschäftigung im Zuge der von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland für die Jahre 2005 bis 2007 geplanten Kapazitätsverlagerungen



Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

schaftspolitischer Steuerung. Einen Ansatzpunkt bietet hierfür vor allem die nicht unerhebliche Gruppe derjenigen, die sich über Verlagerungen noch unklar sind. Hier dürften die Chancen, Abwanderungsentscheidungen zu beeinflussen, aller Erfahrung nach noch am größten sein. Ziel muss es dabei sein, die Attraktivität des eigenen Standortes weiter zu stärken. Auch hängen die Entscheidungen von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab: In einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld ist der Druck abzuwandern geringer als im Falle stagnierender Binnennachfrage.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Elke Holst

Women in Managerial Positions in Europe: Focus on Germany

Prejudices and stereotypical beliefs about the role of women in society often limit their chances of reaching top leadership positions. This paper presents a detailed analysis of the socioeconomic structure and the gender pay gap in managerial positions in Germany building on a review from a cross-national perspective of women's progress to high-ranking positions and of initiatives to overcome the "glass ceiling". Suggestions are made for improving the situation of women in order to permit more balanced gender participation in the economy, while also promoting national competitiveness and higher levels of wellbeing for the society.

Discussion Paper 557

March 2006

Pio Baake, Ulrich Kamecke

New Networks, Competition and Regulation

We consider a model with two firms operating their individual networks. Each firm can choose its price as well as its investment to build up its network. Assuming a skewed distribution of consumers, our model leads to an asymmetric market structure with one firm choosing higher investments. While access regulation imposed on the dominant firm leads to lower prices, positive welfare effects are diminished by strategic investment decisions of the firms. Within a dynamic game with indirect network effects leading to potentially increased demand, regulation can substantially lower aggregate social welfare. Conditional access holidays can alleviate regulatory failure.

Discussion Paper 568

March 2006

Marco Caliendo, Katharina Wrohlich

Evaluating the German "Mini-Job" Reform Using a True Natural Experiment

Increasing work incentives for people with low incomes is a common topic in the policy debate across European countries. The "Mini-Job" reform in Germany - introduced on April 1, 2003 - can be seen in line with these policies, exempting labour income below a certain threshold from taxes and employees' social security contributions. We carry out an ex-post evaluation to identify the short-run effects of this reform. Our identification strategy uses an exogenous variation in the interview months in the German Socio-Economic Panel, that allows us to distinguish groups that are (or are not) affected by the reform. To account for seasonal effects we additionally use a difference-in-differences strategy. The results show that the short-run effects of the reform are limited. We find no significant short-run effects for marginal employment. However, there is evidence that single men who are already employed react immediately and increase secondary job holding.

Discussion Paper 569

March 2006

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als PDF-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Hinweis auf eine Veranstaltung

KONJUNKTUR-TAGUNG 2006

anlässlich der Gemeinschaftsdiagnose

Frühjahr 2006

Mittwoch, 3. Mai 2006, um 16.00 Uhr

in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin, Tel. 030/20370-200

Programm

Begrüßung

Prof. Dr. Alfred Steinherr (Leiter der Abteilung Konjunktur des DIW Berlin)

Prof. Dr. Peter Bofinger (Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)

Prognosepräsentation

Dr. Christian Dreger

Dr. Stefan Kooths

Wirtschaftliches Panel

Prof. Dr. Peter Bofinger

Prof. Dr. Alfred Steinherr

Dr. Dieter Vesper

Dr. Christian Dreger

Dr. Stefan Kooths

Dr. Joachim Volz

Patricia Alvarez-Plata

Moderation

Dorit Hess (Handelsblatt)

Empfang (ca. 17.30 Uhr) im Foyer

Anmeldung über: Ingrid Jähnisch
Tel. 030 / 89 789-230
E-Mail ijaehnisch@diw.de



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Weekly Report DIW Berlin

2/2006

Claudia Kemfert, Jochen Diekmann

Perspectives for Germany's Energy Policy

For various reasons, the policies governing the energy sector have a central role to play in Germany. Thus, for example, competition on the electricity and gas markets will have to be increased considerably in the course of the market's liberalization. At the same time, a secure supply of energy must also be ensured, in other words, the matters of preventing short-term power outages while ensuring the long-term availability of energy resources must be dealt with. Last but not least, the environmental compatibility of the energy sector must be improved, in particular with a view towards global climate change. In the coming years, considerable replacement investments will need to be made, in particular where the electricity sector is concerned. That is why any decision taken today in the context of energy policy is important for the future.

Energy policy must pursue the objectives of security of supply, competitiveness and environmental compatibility, giving them equal rank. In this context, it is necessary to establish specific and binding targets for the reduction of greenhouse gas emissions, both at the international and at the national level. In order to attain these objectives, it will be absolutely necessary to save energy, to increase energy efficiency, to phase out the use of high-emission energy carriers and, in particular, to more intensively use renewable energies. Furthermore, the capture and storage of carbon (CCS) could contribute to reducing the output of gases that have a detrimental effect on global climate. While subsidies for the German hard coal mining industry must be reduced further, the research into and development of CCS technologies should be granted greater support. The consensus reached as to nuclear power plants should not be taken as an excuse to have old nuclear facilities operate for a longer time while reducing the life cycles of nuclear power plants that were built more recently at the same time. Increasing the amounts of electrical power generated in safe nuclear power plants for a limited period of time could provide the sector with the flexibility it needs while achieving an energy mix that is sustainable in the long term.

In order to improve energy efficiency and to increase the use of renewable energies, specifically targeted political measures need to be taken. In this way, it will be possible to open up new market potential that also promises competitive advantages in the long term. The coalition agreement signed by the new Federal German Government sets ambitious goals which need to be implemented promptly.

Die Volltextversionen der Weekly Reports liegen als PDF-Dateien vor und können auf der entsprechenden Website des DIW Berlin bestellt werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/weeklyreport/index.html).

The full text version of the Weekly Reports is available in PDF format and can be ordered from the DIW Berlin website (www.diw.de/english/produkte/publikationen/weeklyreport/index.html).

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

on the fly GmbH
Adalbertstraße 7–8
10999 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.